



Integrierte Versorgung abgewatscht

Vertreterversammlung der KZVB

Die politische Positionierung der bayerischen Vertragszahnärzte im Vorfeld der Gesundheitsreform und die von der AOK Bayern geplanten Verträge zur Integrierten Versorgung waren zentrale Themen bei der Vertreterversammlung (VV) der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB) am 19. Mai im Zahnärztheater München.

In seinem Bericht des Vorsitzenden bezeichnete Dr. Janusz Rat die Pläne der AOK Bayern zur Integrierten Versorgung (IV) im zahnärztlichen Bereich als „Wermutstropfen“, der die allgemein positiven Verhandlungsergebnisse mit den Krankenkassen trübt. Seit Ende 2005 habe die KZVB mit den Primär- und Ersatzkassen über die Vergütung vertragszahnärztlicher Leistungen verhandelt. Trotz vieler Widerstände, besonders bei den Ersatzkassen, sei es gelungen, den Honorarverteilungsmaßstab mit geringen Modifikationen weiterzuführen und einen floatenden Punktwert zu verhindern. Sowohl bei den Primär- als auch bei den Ersatzkassen setze die Vergütung für 2006 auf dem Soll-Budget des Vorjahres und nicht, wie von den Krankenkassen gefordert, auf dem tatsächlich verbrauchten Budget auf. Die Gesamtvergütung werde bei beiden Kassenarten um die gesetzlich zulässige Höchstgrenze in Höhe von 0,83 Prozent angehoben. Bei den Primärkassen erhöhe sich der Punktwert im konservierend-chirurgischen Bereich zum 1. Juli um 2,1 Prozent. Mit den Ersatzkassen hat die KZVB, ebenfalls zum ersten Juli, eine Punktwertsteigerung um 2 Prozent für Kieferorthopädie vereinbart. Für konservierend-chirurgische Leistungen erhöhen die Ersatzkassen den Punktwert rückwirkend zum 1. Januar 2006 um 0,75 Prozent.

Stark im Verbund

Ein zweiter Schwerpunkt in Rats Rede war



Fotos: Höpfer

Vor einer wenig kontroversen VV: Die Versammlungsleitung (oben) mit Dr. Alexander Süllner (l.) und Dr. Günter Schneider (r.) sowie der Vorstand (vorn) mit Dr. Janusz Rat (r.) und Dr. Martin Reißig (l.).

die bevorstehende Gesundheitsreform. Seit Monaten bringe sich die KZV Bayerns mit vollem Einsatz und im Verbund mit anderen KZVen politisch ins Gewicht. Die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft KZVen, der auch die KZVen Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein angehören, gestalte sich weiter positiv. Auch bei einem Treffen mit der Spitze der KZV Thüringen habe sich große Übereinstimmung bei allen politischen Zielen herauskristallisiert. Die KZVB sieht die Voraussetzungen für eine engere Zusammenarbeit mit der KZV Thüringen erfüllt.

Gesundheits-Rosinen serviert

Kritik äußerte Rat am vorliegenden Entwurf eines Vertragsarztrechtsänderungsgesetzes: Die Regierung plane länderübergreifende Praxisnetze sowie eine Stärkung Medizinischer Versorgungszentren und anderer Praxis-Kooperationsformen mit zunehmend angestellten Ärzten. Damit stehe die Freiberuflichkeit unter Beschuss. Dem müsse die Zahnärzteschaft mit Alternativen entgegenreten. Der Berufsstand sei gefordert, Strukturen zu schaffen, die den speziellen Bedürfnissen einer zunehmenden Zahl von Zahnärztinnen gerecht werden und zugleich die Freiberuflichkeit stärken. Wege dazu zeige die KZVB mit ihrer Politischen Agenda 2006 PERSPEK-



TIVE ZAHNGESUNDHEIT auf. Ein Konzept wie diese Agenda werde zwar nie eins zu eins umgesetzt, räumte der KZVB-Vorsitzende ein, aber: „Die Politiker werden sich erwartungsgemäß die Rosinen herauspicken. Wer alles will, der kriegt nichts.“ Wie in der Agenda zu Papier gebracht, kommentierte Rat auch in seiner Rede die politische Forderung nach mehr Wettbewerb: „Unser Gesundheitswesen braucht keinen Preis-, sondern einen Leistungswettbewerb.“ Nicht nachvollziehen könne er, dass jede der rund 250 Gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland das gleiche Leistungsspektrum anbieten muss. Außerdem forderte Rat, die Budgets der Gesetzlichen Krankenversicherung abzuschaffen, um Planungssicherheit für die Vertragszahnärzte herzustellen. Stellung bezog der KZVB-Vorsitzende auch zum wachsenden Informationsbedürfnis der Versicherten: „Beide Körperschaften – Kammer und KZVB – sind gefordert, Anlaufstellen für Patienten anzubieten.“ Damit unterstütze die Zahnärzteschaft auch die Eigenverantwortung der gesetzlich Krankenversicherten.

Info-Offensive gegen den Billig-Trend

Ein Zweitmeinungsmodell für die KZVB stellte deren stellvertretender Vorsitzender, *Dr. Martin Reißig*, für Juli dieses Jahres in Aussicht. Handlungsbedarf bestehe, zumal die Festzuschüsse mehr Freiheiten bei der Therapiewahl eröffneten. Der Patient könne nun leichter mitentscheiden. Vom Zweitmeinungsmodell würden auch die Mitglieder der KZVB profitieren. Schließlich erweise sich das Gros der geplanten Versorgungen als korrekt. Das Zweitmeinungsmodell bietet laut Reißig eine

seriöse Alternative zu Zahnersatz-Versteigerungen im Internet. Hierbei stellen Patienten Heil- und Kostenpläne ohne Anamnese und Diagnose ins Netz, weil sie erwarten, dass sich Zahnärzte gegenseitig mit Schnäppchenpreisen unterbieten. Mit konsequenter Aufklärung wirke das Zweitmeinungsmodell auch dem Trend zum Zahntourismus entgegen.

IV-Verträge:

„Gesetzeswidriger Gestaltungsmissbrauch“

In der Vertreterversammlung erfuhr die Politische Agenda 2006 PERSPEKTIVE ZAHNGESUNDHEIT breite Unterstützung. Per Beschluss würdigten die Delegierten das Positionspapier einstimmig als „konstruktiven und bereits jetzt viel beachteten Vorschlag der bayerischen Zahnärzte für die künftige Ausgestaltung der Zahnheilkunde in Deutschland“.

Eine klare Absage erteilte die Versammlung den von der AOK geplanten Verträgen zur Integrierten Versorgung im zahnärztlichen Bereich. Sie seien „grundsätzlich nicht geeignet, die zahnärztliche Versorgung zu verbessern“. Die Vertreter werteten die vorliegende Vertragskonstruktion als „gesetzeswidrigen Gestaltungsmissbrauch“.

Die VV sprach sich auch gegen die von der Bundesregierung befürwortete „Vorratsspeicherung von Telekommunikationsdaten“ aus: Die systematische Aufzeichnung und Aufbewahrung von Informationen über die Kommunikation, Bewegungen und Medienutzung der gesamten Bevölkerung ohne Einwilligung der Betroffenen sei inakzeptabel.

Julika Sandt



Die Delegierten sind sich weitgehend einig: Ja zur PERSPEKTIVE ZAHNGESUNDHEIT, Nein zu den IV-Verträgen der AOK und zur Vorratsdatenspeicherung.